



ARBEITSGEMEINSCHAFT

Selbst Aktiv

Menschen mit Behinderungen in der SPD -

Bundesvorstand

AG Inklusive Bildung

Unsere Positionen

Die politischen Veränderungen in den Ländern und im Bund geben Anlass zur Besorgnis.

Eine Kehrtwende, ein Zurückdrehen oder gar eine Pause in der Umsetzung inklusiver Bildung darf es nicht geben, auch nicht im Hinblick darauf, wie viel Inklusion möglich und wie viel Differenzierung nötig ist. Die Debatte über inklusive Bildung wird zu oft genutzt, um nicht der Aufforderung folgen zu müssen, für eine generell inklusive Gesellschaft zu sorgen. Das löst Empörung und Unverständnis aus, gerade bei den Schülerinnen und Schülern, die bereits seit Jahren erfolgreich inklusiv unterrichtet werden.

Dem können wir nicht zustimmen! Menschenrechte kann man nicht verhandeln!

Abstriche an der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sind nicht hinnehmbar, zumal die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung 2009 erfolgt ist, wo im Artikel 24 das Recht aller Menschen auf inklusive Bildung verpflichtet sowie den Aufbau eines inklusiven Schulsystems vorsieht, das alle Menschen mit und ohne Behinderungen optimal fördert und Menschen nicht wegen ihrer Behinderung ausgrenzt.

Das gemeinsame Lernen von Menschen mit und ohne Behinderung von der frühkindlichen Bildung bis zur Schule und Ausbildung bildet die zentrale Grundlage einer inklusiveren Gesellschaft. Inklusive Bildung ist Menschenrecht! Damit das gelingt, muss Bildung durchlässig, inklusiv und qualitativ hochwertig ausgestaltet werden.

Inklusive Bildung ist ein Gewinn für alle!

Denn individuelle Förderung erreicht alle Lernenden auf Augenhöhe.

Die gesetzliche und vor allem die praktische und wirkliche Gleichstellung von Menschen mit und ohne Behinderungen ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine der zentralen Aufgaben, um Inklusion erfolgreich umzusetzen.

- Bildung muss inklusiv sein. Inklusion bedeutet für uns gemeinsames Lernen aller Menschen in einem Bildungssystem, das alle ausgehend von ihren individuellen Voraussetzungen angemessen und ohne zu stigmatisieren fördert.

- Die Umsetzung inklusiver Bildung im Sinne von SchülerInnen mit Behinderungen darf nicht an Kostenvorbehalten scheitern.
- Es müssen endlich die notwendigen Rahmenbedingungen zu Aufbau und Durchführung inklusiver Schulkonzepte in allen Bundesländern realisiert werden.
Hierzu bedarf es konkreter Maßnahmen mit zeitlichen Vorgaben.
- Persönliche Assistenzen müssen garantiert sein, in Form von Assistenzleistungen über das Persönliche Budget, als Schulbegleiter, Integrationshelferinnen/Integrationshelfer.
- Gelungene Schulkonzepte müssen übertragen werden als „Gutes Beispiel für die gesamte Bundesrepublik- im Fokus dabei, der Vorteil für alle Schülerinnen und Schüler.
- Alte Strukturen gilt es radikal zu verändern und auf den Prüfstand zu stellen, so dass Inklusion gelingen kann. Wir müssen sie nur nutzen. Inklusion ist obligatorisch.
- Die Ressourcenfrage darf nicht immer als Totschlagargument gelten, diese müssen effektiver und gemeinsam eingesetzt werden! Ein separierendes System ist letztlich teurer, weil Doppelstrukturen und Parallelsysteme finanziert werden müssen!
Ein Menschenrecht darf nicht nach Kassenlage gewährt werden!
- Inklusive Inhalte müssen in der Fort- und Weiterbildung sowie in den Studiengängen aller Lehrämter, aller Ausbildungen von pädagogischen Fachkräften und Ausbildern in Wirtschaft und Verwaltung verankert werden.
- Eine inklusive und tatkräftige Politik muss hierfür bedarfsgerechte personelle und materielle Ressourcen bereit stellen.
- Wir streben die “Schule für Alle” an und fordern hierfür den politischen Willen!
- Die Politik muss das Vertrauen bei der Umsetzung inklusiver Bildung bei den Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften stärken.

Arbeitsgruppe Bildung BV Selbst Aktiv

Katrin Gensecke, Anne Kleinschnieder, Birgit Kornnagel, Georg Suchanek